Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5— 6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
In Mtl.-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6 gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 180. **Montag** den 29. Juni 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Dem hiesigen Rathsreferendar
Herrn Dr. jur. **Hans Maximilian Weiß**
haben wir, nachdem derselbe die zur Erlangung eines selbstständigen Richteramtes erforderliche Staatsprüfung mit Erfolg bestanden hat, die Stellung als „Rathsassessor" verliehen.

Leipzig, den 27. Juni 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Äff. Dr. Krippendorff.

Bekanntmachung.

Im Einverständnisse mit den sämmtlichen betheiligten Adjacenten haben wir mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten beschlossen, die Fluchtlinien der Magazin Straße zwischen Leipzig-Plagwitz und Leipzig-Kleinzschocher, wie solche durch Beschluß der Königlichen Amtshauptmannschaft vom 8. März 1890 festgestellt worden sind, dem Plane T. B. V. Nr. 3773/4939 gemäß, in der mit blauen Linien aufgetragenen Weise, abzuändern.

Diese hiernach abgeänderte Tector T. B. V. Nr. 3723/4939 liegt mit dem von der Königlichen Amtshauptmannschaft bereits früher genehmigten und festgestellten Hauptplan T. B. V. Nr. 3772/4919 in unserer Tiefbauverwaltung (Rathhaus, Zimmer Nr. 14, II. Stock) vier Wochen vom Ablauf des Tages nach der Ausgabe der die Einrückung dieser Bekanntmachung enthaltenden Amtsblätter ausgerechnet, zu Jedermanns Einsicht aus.

Widersprüche gegen den Plan, insoweit sie die von uns beschlossene Fluchtlinienveränderung der Magazin Straße betreffen, sind innerhalb der bezeichneten Frist bei deren Verlauf schriftlich bei uns anzubringen.

Leipzig, den 26. Juni 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic. 3030/V15. Dr. Georgi. Dr. Redlich.

Bekanntmachung.

Die Herstellung des **Gasrohrnetzes** für die Stadttheile **Leipzig-Schleußig** und **Leipzig-Kleinzschocher** soll demnächst in Angriff genommen werden. Wir ersuchen hierdurch diejenigen Bewohner der genannten Stadttheile, welche Gas zu Beleuchtungszwecken, zum Heizen und Kochen, zum Motorenbetrieb u. s. w. abnehmen wollen, die erforderliche Anmeldung

bis zum 15. Juli dss. Js.

in der Geschäftsstelle der städtischen Gasanstalten,
Leipzig, Ritterstraße Nr. 6, Theaterpassage,
zu bewirken.

Bei rechtzeitiger Anmeldung tritt eine Ermäßigung der Anschlußkosten je nach der Weite des Zuführungsrohres ein.

Leipzig, den 6. Juni 1891.
Die Deputation des Raths der Stadt Leipzig
Ic. 3408. **zu den Gasanstalten.**

Die Sparcasse der Gemeinde Möckern

bei Leipzig verzinst die Einlagen vom **1. Juli 1891** an mit **3½ %** und expedirt

Dienstag und Freitag
(Fest- und Feiertage ausgenommen) **Nachmittags von 3—6 Uhr.**

Leipzig, 29. Juni.

* In der am 25. d. M. unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretairs des Innern Dr. von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung faßte der **Bundesrath** über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschluß. Dem Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes und des Gesetzes, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern, ertheilte die Versammlung die Zustimmung, erklärte sich mit der beantragten Abänderung des Etats der Salzsteuer-Verwaltungskosten für Braunschweig und der Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungskosten für Elsaß-Lothringen, sowie der vorgeschlagenen Feststellung des Ruhegehalts für drei Postbeamte einverstanden und beschloß, der Eingabe des Magistrats einer Grenzstadt wegen des Verbots des Umlaufs fremder Scheidemünzen, sowie mehreren Gesuchen um Befreiung von der Versicherungspflicht nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze keine Folge zu geben. Die in Aussicht genommene Ausprägung von Reichssilbermünzen wurde genehmigt. Eine Eingabe des Vorstandes des Deutschen Drogisten-Verbandes wegen Regelung des Verkehrs mit Giften und ein Gesuch um Gestattung des Feilbietens von Braunbier im Umherziehen wurden dem Reichskanzler überwiesen.

* Die Reise des Finanzministers Dr. **Miquel** und des Handelsministers **von Berlepsch** nach Stettin galt bekanntlich in erster Reihe der Besichtigung des dortigen Hafens und der persönlichen Information über die mit dem Hafen zusammenhängenden Verhältnisse. Es besteht schon seit längerer Zeit der Plan, die Zufahrt nach Stettin für Schiffe von mehr als europäischer Fahrt, also für Schiffe mit einem Tiefgang, wie ihn die transatlantischen Dampfer zumeist haben, zu vertiefen. Das Project wird aus doppelten Gründen von Stettin selbst und weiteren an den dortigen Verhältnissen interessirten Kreisen befürwortet: einmal um den Handelsplatz nach Eröffnung des Nord-Ostseecanals concurrenzfähig gegenüber Hamburg zu erhalten und das andere Mal, um dem „Vulcan" die Möglichkeit zu geben, auf seiner Werft den Bau transatlantischer Dampfer und großer Kriegsschiffe fertigzustellen und diese ohne künstliche Vorrichtungen in See zu bringen. Wie wir hören, werden die beiden oben genannten preußischen Minister sich binnen Kurzem auch nach **Danzig** und **Königsberg** begeben. Der Zweck dieser Reise dürfte im Wesentlichen der sein, sich über die Maßnahmen an Ort und Stelle zu unterrichten, die zur Hebung der wirthschaftlichen Verhältnisse der Ostprovinzen getroffen werden sollen. Da beide Hafenplätze ja am überseeischen Getreidehandel in hohem Grade betheiligt sind, dürfte diese Reise dazu beitragen, daß vielleicht in absehbarer Zeit die so lange schon strittige Frage der **Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide** zum Austrag gebracht wird.

* In Bezug auf die Ernennung Puttkamer's zum Oberpräsidenten von Pommern bemerkt die „Allgem. Ztg.": Nach unserer Kenntniß war die Wiederernennung des Herrn v. Puttkamer zum Minister des Innern bei seinem Rücktritte im Juni 1888 für den damaligen Kronprinzen beschlossene Sache und bei dem bald darauf erfolgten Regierungsantritt nur mit Rücksicht auf die Kürze der Frist und weil der Schritt unmittelbar nach dem Hinscheiden Kaiser Friedrich's einen zu auffälligen Charakter gehabt haben würde, auf Rath des Fürsten Bismarck unterblieb. Mit Herrn Herrfurth aber war ausdrücklich darauf hin verhandelt worden, daß er das Portefeuille gleichsam nur als Platzhalter für Herrn v. Puttkamer führen und dann zur gegebenen Zeit das Oberpräsidium in Koblenz übernehmen solle. Die von Herrn Herrfurth in Angriff genommenen Vorbereitungen für die Landgemeinde-Ordnung bewirkten indeß, daß die Absicht zunächst unausgeführt blieb, ohne daß jedoch darauf verzichtet wurde, Herrn v. Puttkamer's Wiederberufung in eine entsprechende Stellung als beschlossen anzusehen.

* Einigermaßen im Gegensatz zu Dem, was uns aus gewerblichen Kreisen über die vor Kurzem in Berlin abgehaltene Handwerker-Conferenz mitgetheilt worden war, schreibt die „Nationalliberale Correspondenz": Fast unbeachtet ist die in voriger Woche hier abgehaltene Handwerker-Conferenz geblieben, die auf Anregung der Regierung mit derselben sich über verschiedene wichtige Fragen der Handwerkerbewegung berathen sollte. Es war Geheimhaltung der Verhandlungen beschlossen worden und es ist denn auch thatsächlich so gut wie gar nichts darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen, im Gegensatz zu ähnlichen Conferenzen, bei denen doch wenigstens über die Grundzüge und den allgemeinen Verlauf der Verhandlungen an das weitere Publicum berichtet zu werden pflegt. Man wird wohl nicht irre gehen in der Annahme, daß in der That auch nicht viel mitzutheilen war. Auf die Tagesordnung dieser Conferenz waren, wie wir früher schon einmal berichtet haben, so weitgehende Forderungen zur Wiederherstellung von Zunfteinrichtungen gesetzt worden, daß die Regierung von vornherein zur Erkenntniß kommen mußte, mit einer von solchem Geist erfüllten Versammlung nichts nützliches erreichen zu können. Sie hatte denn auch offenbar schon vor Eröffnung dieser Conferenz die Lust daran verloren und hat sich an den Verhandlungen fast nur mit stillschweigender Zurückhaltung betheiligt. Im Mittelpunct der Forderungen stand die Einführung des **Befähigungsnachweises**, die der Bundesrath trotz wiederholter Zustimmung des Reichstages erst vor Kurzem abgelehnt hatte. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß die Regierungen in dieser Beziehung in neuester Zeit zu anderen Ansichten gekommen sein sollten. Was in den nach den heutigen wirthschaftlichen Betriebsformen zulässigen Grenzen zur Förderung der Innungen geschehen kann, ist durch mehrere in den letzten Jahren erlassene Gesetze bereits geschehen. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, was noch viel gethan werden könnte, wenn man nicht mit einem Zwang, der sich doch als undurchführbar erweisen würde, lebensunfähige und den praktischen Bedürfnissen und Möglichkeiten nicht mehr entsprechende Formen herzustellen versuchen sollte. Das mag von einem Theil der deutschen Handwerker und leider auch einer Majorität des Reichstags infolge mangelhafter Einsicht in die Verhältnisse des heutigen wirthschaftlichen und gewerblichen Lebens gewünscht werden, die Regierungen haben sich bisher in dieser Hinsicht aus einer weisen Zurückhaltung und Vorsicht nicht herausreißen lassen, und daran wird auch die Handwerker-Conferenz nichts geändert haben.

* In Bielefeld hatten sich, wie uns von dort geschrieben wird, die Deutschfreisinnigen und Socialdemokraten vereinigt, um den Stadtmagistrat zur Vorlage einer Petition um Aufhebung der Getreidezölle beim Reichskanzler zu veranlassen. Die Deutschfreisinnigen veranlaßten durch die ihrer Partei angehörigen Stadtverordneten die Abhaltung einer außerordentlichen Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums zum Zwecke der Berathung der in Rede stehenden Petition. Die im Stadtverordneten-Collegium vertretenen Mitglieder der nationalliberalen Partei, sowie einige Conservative beschlossen demgegenüber, von dieser Sitzung fern zu bleiben und begründeten ihr Fernbleiben in einer an den Vorsitzenden des Stadtverordneten-Collegiums gerichteten Zuschrift damit, daß diese Frage keine städtische Angelegenheit ist, sondern eine politische und wirthschaftliche Frage von weitester Bedeutung darstellt und deshalb nicht in das Gebiet der von der Stadtverordnetenversammlung zu lösenden Aufgaben gehört, daß zweitens ein Votum der Bielefelder Stadtverordnetenversammlung in dieser wirthschaftlichen und politischen Frage bei dem augenblicklichen Stande der Angelegenheit ohne jeden Einfluß und ohne jede Bedeutung sein würde, daß namentlich drittens die Berathung über Angelegenheiten, wie die Getreidezollfrage, durch §. 35 der Städteordnung ausdrücklich von der Befugniß der Stadtverordnetenversammlung ausgeschlossen, also gesetzwidrig ist.

* Aus **Siegen** wird der „Rhein.-Westf. Ztg." berichtet: Wie erst jetzt allmälig bekannt wird, hat sich bei dem Festmahl, welches die **deutschen Hüttenleute** kürzlich in der hiesigen Erholung feierten, ein **politischer Zwischenfall** abgespielt, der außerordentlich bezeichnend ist für die innere Lage und die Stimmung, die in Regierungskreisen gegen den ehemaligen Reichskanzler Platz gegriffen hat. Die Sache ist folgende — und ich garantiere Ihnen für die Richtigkeit des Vorganges: Der übliche Kaisertoast, welcher vom Regierungspräsidenten Winzer ausgebracht wurde, war in gebührender Ehrfurcht aufgenommen worden. Als später der hiesige Ingenieur Macco das Wort ergriff, um dem Altreichskanzler ein Hoch auszubringen und auf dessen unsterbliche Verdienste um die Wohlfahrt Deutschlands und namentlich um die deutsche Eisenindustrie hinwies, bemächtigte sich der Gesellschaft eine allgemeine Begeisterung, die schließlich in nicht enden wollenden Hochrufen auf den Gefeierten und den allgemeinen Wunsch ausklang, dem Fürsten Bismarck ein Dank- und Glückwunsch-Telegramm zu übermitteln. Hierauf erhob sich nun Herr Regierungspräsident Winzer, um gegen die Absendung eines solchen Ergebenheits-Telegrammes Verwahrung einzulegen, er müsse in einem solchen Vorgehen eine „Demonstration gegen die Regierung" erblicken und sei genöthigt, die Versammlung zu verlassen, falls dieselbe dennoch auf der Absendung des Telegrammes beharre. Es ist leicht begreiflich, welche unangenehme Sensation diese Erklärung des Herrn Regierungspräsidenten erzeugte; um die Harmonie des Tages nicht zu stören, unterblieb die Absendung des Ergebenheits-Telegramms. Unwillkürlich drängt sich Einem aber die Frage auf: Hat Herr Regierungspräsident Winzer aus eigener Initiative gehandelt oder verhielt er sich nach einer allgemeinen Regierungsanweisung, wie sich die Beamten zu dem ehemaligen Reichskanzler zu stellen haben? Wahrlich, wir sind weit gekommen, wenn es nicht mehr gestattet sein soll, einem Manne, wie dem Fürsten Bismarck, der sich doch so unsterbliche Verdienste um unser deutsches Vaterland erworben hat, seine Verehrung, Hochachtung und Dankbarkeit auszusprechen! Wie es scheint, befinden wir uns bereits im Vorstadium einer regulären Bismarckhetze! Freisinnige, Socialdemokraten, Ultramontane, Mucker und — Regierungsbeamte scheinen in diesem traurigen Concerte einmüthig zusammenzugehen! Nun, mag dem sein, wie ihm wolle: die größte Mehrheit des deutschen Volkes wird sich ihre Liebe und Erkenntlichkeit gegen den früheren Reichskanzler niemals aus dem Herzen reißen lassen. Wir aber können nur beklagen, daß man dem Fürsten Bismarck nicht dasselbe Recht der freien Meinungsäußerung gestatten will, wie jedem andern deutschen Staatsbürger. Wir meinen, so lange die Opposition Bismarck's gegen einzelne Handlungen der Reichsregierung in den preßgesetzlichen Grenzen bleibt, hat Niemand das Recht, denselben einen Vorwurf daraus zu machen. Fürst Bismarck hat sogar die Pflicht, seine warnende und rathende Stimme dem deutschen Volke zu erkennen zu geben.

* Ueber den Antrag Bayerns, den Orden der Redemptoristen im Reiche wieder zuzulassen, sind die widersprechendsten Mittheilungen verbreitet worden. Auf der einen Seite wurde behauptet, Bayern habe sich vorher mit anderen Bundesstaaten, namentlich mit Preußen, verständigt, die Annahme des Antrages im Bundesrathe sei daher von vornherein gesichert, von anderer Seite wurde dagegen erklärt, Preußen sei der Zulassung der Redemptoristen nach wie vor abgeneigt; der bayerische Antrag habe im Bundesrathe gar kein Aussicht auf Annahme. Thatsächlich steht nun die Sache, wie aus Berlin gemeldet wird, so, daß der Antrag Bayerns dem Justizausschusse des Bundesraths zwar überwiesen worden ist, dieser Ausschuß aber noch keine Sitzung abgehalten hat und auch noch kein einziger Antrag dazu eingegangen ist. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Sache noch vor der Vertagung des Bundesraths auch nur im Justizausschusse zur Berathung gelangt. Thatsächlich ist man auch in Bundesrathskreisen ganz im Ungewissen über den Stand der Angelegenheit, da von keiner anderen Seite als von Bayern eine Aeußerung hierzu erfolgt ist; aus gewissen Anzeichen und Beobachtungen glaubt man aber den Schluß ziehen zu können, daß zunächst keine Aussicht auf Annahme des Antrages vorhanden sei.

* Der württembergische „Staats-Anzeiger" enthält folgende Mittheilung betreffs der Stempelung und Uebernahme von Eisenbahnschienen: Verschiedene Blätter enthalten die Nachricht, unter den in Biel hergestellten Stempelabdrücken des Bochumer Vereins befinden sich auch solche für die Württembergische Staatsbahn. Wir sind in der Lage, zu erklären, daß sämmtliche für die Schienenübernahme angefertigten Stempel der Württembergischen Staatsbahn von einem Stuttgarter Graveur im Auftrag und unter Controle der württembergischen Bahnverwaltung angefertigt worden sind, und daß der Bochumer Verein niemals von der württembergischen Verwaltung einen Auftrag erhalten hat, derartige Stempel für einen der württembergischen Schienenabnahme-Commissare anzufertigen. Die Stempel der württembergischen Verwaltung sind zweierlei Art, die einen zum Anschlagen der übernommenen, die anderen zur Kennzeichnung der ausgeschossenen Schienen. Sie befinden sich, so lange sie nicht von den Uebernahme-Commissaren gebraucht werden, in Verwahrung des bautechnischen Bureaus der Generaldirection der Staatseisenbahnen. Ob der Bochumer Verein sich in den Besitz eines Stempelabdruckes der württembergischen Verwaltung gesetzt hat, davon ist der letzteren bis jetzt nichts bekannt geworden. Ermittelungen sind im Gang. Die in der „Westfälischen Volkszeitung" enthaltene Beschreibung des angeblich im Besitz des Bochumer Vereins befindlichen Stempels stimmt mit den echten Stempeln nicht ganz überein. Die amtlichen Stempel sind übrigens vor einigen Jahren aus Anlaß von Unregelmäßigkeiten, welche in einem anderen Werke vorkamen, abgeändert worden. Von dem Bochumer Verein hat die württembergische Verwaltung bis jetzt Stahlschienen bezogen in den Jahren 1873, 1876/1878, 1880 und 1888. In Folge ungünstiger Erfahrungen mit den Schienenlieferungen einiger Werke wurden im Jahre 1879 die Vorschriften für die Schienenabnahme verschärft, und es sind die Uebernahme-Commissare durch ihre Instruction angewiesen, bei der Untersuchung und Annahme der Schienen mit der peinlichsten Sorgfalt zu verfahren. Ebenso haben die Betriebsbauamtsvorstände und Bahnmeister die Pflicht, den Zustand der in den Gleisen liegenden Schienen fortwährend zu überwachen, und es ist daher ein Anlaß zur Beunruhigung wegen der im Gebrauch befindlichen Schienen nicht vorhanden.

* * *

* Die **Stichwahlen** für die zweite Kammer in **Holland** haben den bei den Hauptwahlen vom 9. d. noch zweifelhaft gebliebenen Sieg der Liberalen in einen definitiven verwandelt. Es sind jetzt von 100 Mitgliedern der Kammer 53 Liberale und 2 Radicale, während die bekanntlich confessionell gespaltene conservative Partei nur 45 Mandate errungen hat. Sowohl der Socialistenführer Domela Nieuwenhuis als der Katholikenführer Schaepman sind durchgefallen, wodurch zwei hervorragend parlamentarische Physiognomien aus der holländischen Kammer verschwinden. Der liberale Wahlsieg wird voraussichtlich dem Cabinet Mackay nach vierjähriger Amtsführung das Leben kosten. Der Cabinetswechsel dürfte indeß bis nach dem Besuche des deutschen Kaisers verschoben werden, welcher bekanntlich vom 1. bis 3. Juli dauern wird. Die jetzigen Minister werden somit bei der Begrüßung Wilhelm's II. durch die beiden Königinnen, welche am 1. Juli Mittags auf dem Anlegeplatze der westindischen Dampferlinie in Amsterdam stattfindet, voraussichtlich noch in Function zugegen sein.

* Sehr wenig Liebenswürdiges sagen, aus Anlaß der französischen Ausstellung in **Moskau**, die **französische** und **russische Presse** einander ins Gesicht, wobei auf beider Qualität ein immerhin bezeichnendes Licht fällt. So veröffentlicht, wie die „Köln. Ztg." aus St. Petersburg mittheilt, der „Mosk. Listok" eine Zuschrift des Herrn Dautrain, worin es heißt: „Im Budget der Ausstellung hatte ich keine „Ausgaben für die Presse" vorgesehen. Das war vielleicht meinerseits ein Fehler, doch hoffe ich, daß er nicht zu einer feindlichen Haltung ihrer Mitarbeiter gegen mich Anlaß geben wird. Herr Jouanot trat persönlich mit einem russischen Journalisten in Verbindung, doch erwies dieser Herr, trotz seiner Versprechungen, so viel ich weiß, der Ausstellung keinerlei Dienste." Hierzu sagt die „Nowoje Wremja": Tief ist der Schmutz, auf den Herr Dautrain hinweist; er hätte aber berücksichtigen müssen, daß Mißverständnisse zwischen dem Ausstellungs-Comité und der Moskauer Presse dadurch entstanden, daß letztere in Bezug auf ihre Dienstleistungen nicht so ausgebildet ist, wie z. B. die französische Presse. Erklärte unter Anderem beispielsweise doch der „Figaro" während der Pariser Ausstellung kurz und bündig, daß eine Zeile auf der ersten Seite seines Textes gedruckt 40 Franken koste, abgesehen von sonstigen Abmachungen, die in Paris ganz an der Tagesordnung sind, denn in Paris druckt man keine einzige Zeile unentgeltlich!"

* Nach einer **Warschauer** Meldung der „Politischen Correspondenz" stimmen die dort über die Inspectionsreise des Generalgouverneurs Gurko in den Grenzbezirken eingelangten Berichte in der Feststellung überein, daß die Reise in ihrem ganzen Verlaufe einen ausgesprochen militairischen Charakter und fast ausschließlich einen solchen trug. General Gurko hat sich über die Verhältnisse der in diesen Bezirken garnisonirenden Truppen, insbesondere über die Dislocation und den Stand der Cavallerie, eingehend unterrichten lassen. Sehr lebhaftes Interesse legte der Generalgouverneur auch für die Grenzwache an den Tag, welcher bekanntlich, nach einer in der letzten Zeit durchgeführten militairischen Organisirung und Verstärkung, bei einem eventuellen Truppenaufmarsche eine wesentliche Aufgabe zufallen wird.

* Englands frühere **Kriege in Südafrika** haben unverhältnißmäßig großen Aufwand an Geld und Menschenleben nothwendig gemacht. Es ist deshalb begreiflich, wenn die Engländer von der Aussicht auf einen neuen Krieg, und zwar mit dem gefährlichsten ihrer traditionellen Widersacher, den Boeren, nichts weniger denn erbaut sind und alles daran setzen, um das Streitobject, Mashonaland, das Ziel des schon seit Monaten in der Presse angekündigten großen Boerentrecks, in einen solchen Vertheidigungszustand zu bringen, daß den Boeren beim Gewahrwerden dieser Vorbereitungsanstalten der Geschmack am Trecken gründlichst vergehe. Dazu gehört aber in erster Linie die Entfaltung imposanterer Streitkräfte, als sie den Briten bis jetzt an Ort und Stelle zu Gebote stehen. Die britische Südafrikagesellschaft hat ein fliegendes Expeditionscorps vom Hafenplatze aus unter nicht geringen Führlichkeiten und Strapazen bis in das Mashonaland vorgeschoben, die Neuankömmlinge errichteten unverzüglich ein Grenzfort und harrten des Nachschubs an Verstärkungen und Proviscenen, der denn auch den Zambese hinauf dirigirt wurde, nicht ohne in ernstlichen Conflict mit den Portugiesen zu gerathen. Das geschah alles noch in der stillen Hoffnung, es werde dem Präsidenten der Transvaalrepublik, Krüger, gelingen, die trecklustigen Elemente des Boerenthums von ihren Gelüsten auf das Mashonaland abzubringen. Mittlerweile sind Monate vergangen, und es besteht kein Zweifel, daß Präsident Krüger's Abmachungen in den Wind geredet waren. Der große Boerentreck dürfte jetzt in vollem Marsche nordwärts sich befinden, und wenn auch, bei der Langsamkeit des Zuges, noch weitere Monate vergehen mögen, ehe die Grenze des „gelobten Landes" erreicht wird, so ist doch für die Engländer kein Augenblick zu verlieren, wenn sie mit ihrer Abwehr eher fertig sein wollen, als die Boeren an das Thor des Mashonalandes pochen. In der That ist eine britische Truppenmacht von Beyburg abmarschirt und am 25. Mai in Mateking eingetroffen, mit der Ordre, die Bewegungen der Trecktrek zu überwachen. Die britische Streitmacht besteht aus 450 Mann vom Ost-Yorkshire-Regiment unter Oberst Carey, einem kleinen Feldlazareth nebst dem dazu gehörigen Sanitätspersonal und einem Zuge Pioniere unter Lieutenant Purvis — ein verschwindend kleines Häuflein, wenn man bedenkt, daß der Boerentreck mindestens 5000, nach anderweiten Berechnungen sogar 20 000 wohlbewaffnete Squatters zählt, die nur der überlegenen Macht zu weichen entschlossen sind. Wenn das nicht blos die Vorhut einer größeren Heeresabtheilung bilden soll — die freilich erst von England abgeschickt werden müßte —, so können die Boeren ihren Marsch nur immerhin fortsetzen. Denn ein ernstes Hinderniß wird diese Abtheilung ebensowenig bilden, als das numerisch etwa gleichstarke — aber gleichschwache — Detachement britischer Truppen, welches bei Isandula aufgerieben wurde. Von dem schmeichelhaften öffentlichen Auftreten des Premierministers am Cap, Cecil Rhodes, sticht die militairische Machtentfaltung Englands den Boeren gegenüber nicht zum Vortheilhaftesten ab.

* Aus **New-York** wird den „Münch. Neuest. Nachr." geschrieben:

Neben den bittern und schmerzlichen Lehren, welche die Mac Kinley-Bill den Vereinigten Staaten und besonders der republikanischen Partei beigebracht hat, weist sie doch auch heitere Züge auf. Durfte doch unlängst die neuen industriellen Unternehmungen, welche gemäß den republikanischen Blättern als Folge des famosen Zollgesetzes wie die Pilze aus dem Boden schießen sollen, mit dem Potemkin'schen Dörfern vergleichen, so bietet sich jetzt ein recht vergnügliches Beispiel des Schwindels dar, der mit diesen plötzlich erstandenen Stätten heimischen Gewerbfleißes getrieben wird. Ein Berichterstatter der „New-York-Times" hat in der Nähe von St. Louis die Zinnblechwerke eines Herrn Niedringhaus besichtigt, von denen so viel die Rede ist, und giebt ungefähr folgende Beschreibung: Das „Werk" besteht aus einer hölzernen Baracke von 50 Fuß Länge, 15 Fuß Breite und 10 Fuß Höhe und ist durch Bretter in drei Räume geschieden. Im ersten befanden sich etliche Häuflein Eisenbleche, die von einem Manne gereinigt wurden. Im zweiten ging nichts Besonderes vor, im dritten endlich war ein englischer Arbeiter aus Wales damit beschäftigt, die Eisenbleche in geschmolzenes Zinn zu tauchen. So sieht also der Hauptsitz der neuen amerikanischen Blechindustrie aus, welcher in den republikanischen Zeitungen als die tröstliche Errungenschaft des Schutzzolltarifes gepriesen wird und mit dem das goldene Zeitalter der amerikanischen Blechproduction anheben soll. Selbstverständlich wird in dieser (buchstäblich genommen) Hütte nicht eine Blechplatte zum Verkauf erzeugt, sondern nur Proben, welche in die Versammlungen republikanischer Politiker und in die Redactionen republikanischer Tagesblätter geliefert werden.

Man sieht, von diesem Aufschwunge amerikanischer Industrie infolge der Mac Kinley-Bill brauchen wir in Europa uns nicht all zu sehr zu fürchten. Hingegen sind schon manche Consequenzen jenes Gesetzes eingetreten, die selbst den Gegnern des Schutzzolles überraschend kommen. Soeben hat eine große Fabrik von Schlosserwaaren zu Norwich (Connecticut) ihr ganzes Etablissement von dieser Stadt nach dem Süden, nach Roanoke (Virginien) verlegen müssen, weil in dem dortigen Bergwerksgebiete Schmiedeeisen, Messing und Kohlen noch zu Preisen zu haben sind, welche den nothwendigen Gewinn ermöglichen, indes der Mac Kinley-Tarif, der die Einfuhr dieser Producte aus Europa unterbindet, damit auch den Gewinn in dem nördlich gelegenen Platze zerstört. Und noch besser klingt, daß die größte amerikanische Schraubenfabrik (zu Providence, Rhode-Island), welche bisher aus ihrem Export nach Europa bedeutende Vortheile zog, wegen des hohen Schutzzolles auf Schmiedeeisen Zweigunternehmungen in Europa, und zwar eine in Deutsch